

# Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

## Kasachstan – weit weg von der Donau?

**Wenn in diesem Jahr Kasachstan den Vorsitz in der OSZE übernimmt („Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“), dann muss der Blick 35 Jahre zurück gehen in eine große Bewährungsprobe der Außen- und Sicherheitspolitik. Aber auch die Zukunft ist wichtig, für die Kasachen selbst, für die vielen Deutschen, die in Kasachstan unter schwierigsten Bedingungen aufwuchsen und heute von zwei Pässen profitieren, und für die weitere „Vermenschlichung der Politik“.**

**A**uch in Vilshofen an der Donau machen die aus Kasachstan stammenden Deutschen eine nicht unbedeutende Gruppe unter den vielen Neubürgern aus. Kaum jemand von ihnen und den vielen anderen in weiteren Städten Deutschlands hätte sich jemals ausgemalt, dass aus der ehemaligen „Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik“ eine „Brücke zwischen Asien und Europa“ werden könnte. So formulierte es zumindest Bundespräsident Horst Köhler anlässlich des offiziellen Kasachstan-Jahrs in Deutschland. Er sagte bei der feierlichen Eröffnungs-Gala am 3. Februar 2009 in Berlin: „Nicht zuletzt die vielen Hunderttausend Kasachständer verließen der Freundschaft eine besondere Dimension.“ Im Jahr 2010 wird im Gegenzug in Kasachstan das Deutschland-Jahr gefeiert. „Unsere deutschen Freunde können ihr schönes Land präsentieren sowie die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten weiter vertiefen“, schrieb der kasachische Außenminister Kanat Saudabayev in einer Sonderausgabe des „Diplomatischen Magazins“.

**Die OSZE-Vorgeschichte**  
Kasachstan mit der neuen Hauptstadt Astana präsentiert sich wahrhaft futuristisch. Wie in Brasilia (statt Rio de Janeiro) wetteiferten hier international angesehene Architekten bei der Planung des neuen Stadtbildes. Als ich 1984 die damalige Hauptstadt Alma Ata besuchte und das in den nahen Bergen gelegene exklusive Eisschnelllauf-Zentrum „Medeo“, war im eigenen kasachischen Außenministerium eine freiere Aussprache möglich als in Moskau. Vor allem gab man zu, dass es durchaus Deutschstämmige gab und dass diese sogar Kindergärten und Schulen unterhalten konnten. Die

Bedienungen in den offiziellen Restaurants radebrechten ein bisschen Deutsch. Moskau war fern, drängte sich als Eindruck auf. Der Vielvölkerstaat Sowjetunion schien bereits brüchig zu sein. Die Saat der KSZE-Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 begann zu wirken.

KSZE, das war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ursprünglich von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt gewollt. Man hoffte in den Zeiten des Ost-West-Konflikts auf blockübergreifende Ergebnisse und vor allem auf die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen. Das machte es der offiziellen Politik der Bundesrepublik Deutschland schwer, zumal sie mit der „Hallstein-Doktrin“ den Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen aufrecht erhielt. Der besondere Konflikt ergab sich aus der Anerkennung der „DDR“ als zweiten deutschen Staat, der für die „BRD“ niemals Ausland sein konnte. Was aber tun mit jenen Ländern, die die DDR anerkannt hatten?

### Der Helsinki-Prozess und seine Folgen für Europa

Am 3. Juli 1973 trat die KSZE-Konferenz erstmals im neutralen Helsinki zusammen. Die Bundesregierung hatte mit ihrer neuen sozialliberalen Koalition der Hallstein-Doktrin abgeschworen und ihre „Ostpolitik“ auf den Weg gebracht. Schärfste innenpolitische Auseinandersetzungen waren die Folge. Von Verrat und Verzicht war die Rede. Dabei hatten 35 Staaten die Konferenz begleitet, neben allen europäischen Staaten (Ausnahme das China treue Albanien) die Sowjetunion, aber auch die USA und Kanada. Bald kristallisierte sich die Chance der KSZE heraus. Es gab nämlich drei „Verhandlungskörbe“. Korb III war besonders interessant.

Dort hieß es: „Erleichterung von menschlichen Kontakten über die Blockgrenzen hinweg, Informationsaustausch“. Die KSZE-Schlussakte vor 35 Jahren brachte in der Tat als sensationelles Ergebnis die Anerkennung aller Grenzen, aber eben auch die Berufung auf Kontakte gemäß Korb III. Das rief mich auf den Plan. Als bayerischer JU-Arbeitskreisleiter für „Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“, der zwischen 1973 und 1979 zahlreiche Veranstaltungen für den politischen CSU-Nachwuchs organisierte, konzentrierte ich mich bald auf diesen „Korb III“. Ich hatte ab 1969 im Rahmen des Deutsch-Französischen Jugendwerks Gruppen der Jungen Union nach Straßburg im Elsass geführt, bald auch nach Prag oder nach Krakau und Breslau, und dabei stets interessierte Gesprächspartner vorgefunden, wenn ich mich auf die KSZE-Schlussakte berief, auf ihre Vereinbarungen über die Menschenrechte, auf die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt und vor allem auf die Zusammenarbeit in humanitären Angelegenheiten. Die offizielle CSU-Linie blieb allerdings noch lange der Grenz-Diskussion verhaftet und der Gefahr einer Überrumpelung durch die damals mächtige Sowjetunion. Dass sich die DDR-Bürgerrechtsbewegung, die „Charta 77“ in der CSSR oder die Organisation „Human Rights Watch“ etablieren konnten, gehört jedoch zu den historischen Fakten der KSZE-Folgen. Auch die 1983 erfolgte Gründung der Deutsch-Tschechoslowakischen Gesellschaft war Ergebnis.

### Die Kontinuität von sozial- und christliberaler Außen- und Sicherheitspolitik

Es kann historisch nicht bestritten werden, dass zum



Genscher/Rose – Gedankenaustausch seit den 1980er Jahren.

Zustandekommen der KSZE-Schlussakte vor 35 Jahren die sozialliberale Bundesregierung und danach, bei allen Folgeergebnissen, die christliberale Bundesregierung Entscheidendes beitrugen, vor allem durch den zwischen 1974 und 1992 tätigen Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Beispielsweise wurde 1985 zusätzlich ein „KSZE-Kulturforum“ in Budapest etabliert, im Rahmen dessen ich schon 1986 als damaliger Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft auftrat. Im November 1990 wurde auf der Konferenz von Paris mit dem Ende des Ost-West-Konflikts auch das Ende der KSZE beschrieben. Lange dauerte es dann, bis am 5. und 6. Dezember 1994 in Budapest die Umwandlung von einer Konferenz zu einer Organisation beschlossen wurde. Die OSZE war geboren, der 56 Teilnehmerstaaten angehören, die ein ständiges Generalsekretariat in Wien unterhält und die als wesentliche Aufgaben, zusätzlich zur Beachtung der Menschenrechte, das Amt eines Hohen Kommissars für Minderheiten sowie die Wahlbeobachtung bei allen demokratischen Wahlen geschaffen hat.

Der Vorsitz der OSZE wechselt jedes Jahr, so dass das „asiatische“ Kasachstan jetzt in 2010 die Chance zur Bewährung erhält. Eine militärische Bedeutung wie bei der NATO gibt es bei der OSZE bisher nicht, obwohl Konkurrenzgedanken geschürt werden – ganz wie damals beim „Helsinki-Prozess“. Da spürt man das Aufflackern des alten Ost-West-Denkens.

Doch wichtiger scheint die Vertiefung der Demokratie in den Mitgliedsländern zu sein. An den „OSZE-Grenzen“, also hin bis zur Ein-Parteien-Herrschaft in der Volksrepublik China, hat der Helsinki-Gedanke durchaus Strahlkraft. Brutale Menschenrechtsverletzungen wie die Verurteilung des chinesischen Anwalts und Bürgerrechtlers Liu Xiaobo zu elf Jahren Haft, nur weil er Demokratie und Menschenrechte einfordert, könnten vielleicht im OSZE-Prozess aufgefangen werden. Kasachstan hat die Chance als Leuchtturm, die Doppelpass-Deutschen aber haben die Pflicht, auch in ihrer ehemaligen Heimat die „Vermenschlichung der Politik“ voran zu bringen und als „Brückenbauer“ tätig zu sein.